

Begrüssungsansprache

liberté – égalité – fraternité

von Nationalrat Alfred Heer

Präsident der SVP des Kantons Zürich

Freitag, 18. Januar 2013, im Schützenhaus Albisgütli, Zürich

Es gilt sowohl das gesprochene als auch das geschriebene Wort.
--

Ich begrüße Sie alle recht herzlich zu unserer 25. Albisgüetli Tagung. Es freut mich, dass auch dieses Mal der Anlass „nullkommanichts“ ausverkauft war.

Speziell begrüßen möchte ich an dieser Stelle natürlich unseren Bundespräsidenten Ueli Maurer. Ueli Maurer kennt ja als langjähriger SVP-Präsident der Schweiz und des Kantons Zürich unsere Tagung und wir sind stolz, dass wir heute nun Ueli Maurer als Bundespräsidenten bei uns begrüßen dürfen.

Eine spezielle Freude und Ehre ist es für uns auch, den Gründer unserer Albisgüetli-Tagung - den Mann, welchem wir es verdanken, dass die Schweiz nicht in der EU ist - wiederum als Redner unter uns zu wissen. Heissen Sie alt Bundesrat und Nationalrat Christoph Blocher herzlich willkommen.

Wie ich den Medien entnehmen konnte, hat unser Bundespräsident Ueli Maurer, den Arena-Auftritt beim Schweizer Fernsehen SFR oder wie es immer auch neu heisst, platzen lassen. Es sei Usanz, liess das Schweizer Staatsfernsehen verlauten, dass der Bundespräsident in der ersten Arena-Sendung des neuen Jahres anzutreten hat. Zwar hält das Staatsfernsehen nicht so viel vom Militär. Trotzdem versteht das Schweizer Fernsehen eine Einladung an den Bundespräsidenten nicht als Einladung, sondern als militärischen Marschbefehl ins Fernsehstudio.

Es ist eine Wohltat, dass es noch einen Politiker unter uns gibt, der solchen Marschbefehlen des Staatsfernsehens keine Folge leistet. Du hättest keine Lust verspürt, daran teilzunehmen, habe ich den Medien entnommen. Ich gehe für einmal davon aus, dass man den Medien ausnahmsweise glauben schenken kann.

Lieber Ueli, ich bin froh, bist Du unser Bundesrat. Als einer der wenigen verspürst Du nicht nur keine Lust, um im Staatsfernsehen aufzutreten, sondern Du bist wohl noch der einzige im Bundesrat, der wahrlich keine Lust verspürt, der EU beizutreten. Hätte es die EWR-Abstimmung und Christoph Blocher nicht gegeben, wärest Du heute nicht Bundespräsident einer unabhängigen Schweiz, sondern Handlanger von Brüsseler Bürokraten.

Wahrlich, wir brauchen einen Mann im Bundesrat, welcher die Unabhängigkeit noch hochhält. Der stete Druck aus dem Ausland auf den Kassenschrank Schweiz nimmt stetig zu. Nicht nur die EU will uns plündern, auch der Druck aus den Vereinigten Staaten und auf unseren

Finanzplatz ist gewaltig. Nicht etwa, dass es hier um Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit ginge. Die Fundamente der Häuser in Miami, auf den britischen Kanalinseln, usw sind nicht aus Beton und nicht aus Stahl, nicht aus Holz und nicht aus Glas - nein die Fundamente bestehen aus Drogen- und Fluchtgeldern. Aber dies getraut sich im Bundesrat ja niemand zu sagen.

Viel lieber macht unsere Finanzministerin auf Nestbeschmutzung und zeigt allergrösstes Verständnis für die steten Angriffe auf unser Land. Nachdem der Staatsvertrag von Deutschland verworfen wurde, hat sie gross verkünden lassen, dass es keine neuen Verhandlungen gebe, um nur einige Tage später mitzuteilen, dass man über den automatischen Datenaustausch verhandeln müsse. Einen besseren Verhandlungspartner als den Schweizer Bundesrat kann sich gar niemand auf dieser Welt wünschen. Sogar FDP-Präsident Philipp Müller hat nun bemerkt, dass etwas mit dieser guten Frau nicht stimmt. Er hat sie sogar indirekt als Verräterin betitelt. Nun bei einigen Politikern geht es halt manchmal etwas länger, bis der 20er fällt. Wir wollen dem guten Mann aber nun nichts vorwerfen. Schliesslich ist er ja der Erfinder der Weissgeldstrategie, was, wer weiss, ihm vielleicht in einigen Jahren den Nobelpreis bescheren wird.

Die EU liegt auch im Jahr 2013 noch am Boden. Wir erinnern uns; zu Zeiten des realen Sozialismus im Ostblock flüchteten Tausende in den Westen, um hier in Freiheit etwas aufzubauen, um hier auch belohnt zu werden für die Früchte harter Arbeit.

Heute im Jahre 2013 flüchten EU-Bürger, namentlich Franzosen nach Russland, um dem Sozialismus zu entfliehen. So schnell dreht sich die Welt. Die Losung „liberté – égalité – fraternité“ der Französischen Revolution existiert weder in Frankreich noch in der EU. Böse Zungen behaupten sogar, dass man das Wort fraternité, was übersetzt Brüderlichkeit heisst, infolge der Einsprachen der Gleichstellungsbüros sowieso nicht mehr verwenden dürfe. Was die égalité, also die Gleichheit betrifft, so heisst dies heute, dass alle EU-Bürger speziell in Frankreich so besteuert werden, dass am Schluss alle gleich arm sind. Die Freiheit in der EU bedeutet heute, dass Funktionäre und ein überdimensionierter Verwaltungsapparat alles so für die EU-Bürger regeln und harmonisieren, dass man sich dem gefälligst zu fügen hat.

Im Amtsblatt der Europäischen Union vom 29. Juli 1992 lesen wir unter anderem zum Vertrag von Maastricht folgende Ziele (EU-Artikel B):

Die Förderung eines ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, insbesondere durch Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen, durch Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes und durch Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine einheitliche Währung nach Massgabe dieses Vertrags umfasst.

Meine Damen und Herren, fragen Sie heute mal einen Spanier, einen Portugiesen, einen Italiener und einen Griechen, wie die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts heute so von statten geht in der EU. Wissen Sie, wo die glücklichsten EU-Bürger leben? In der Schweiz!

Besonders die Portugiesen müssen hier sehr glücklich sein, beziehen doch über 9 Prozent von ihnen bereits bei uns Arbeitslosenunterstützung. Und trotzdem wollen Schweizer Politiker noch mehr EU-Nähe, noch mehr Personenfreizügigkeit, noch mehr Zuwanderung in den Sozialstaat, noch mehr Kohäsionszahlungen noch mehr EU-Kompatibilität.

Auch die Zürcher Regierung will griechische Verhältnisse. Am 3. März stimmen wir über die Einmaleinlage von Fr 1.6 Mia. Franken im Kanton Zürich ab. Anstatt dieses Geld so zu verbuchen, dass es innert 4 Jahren abgeschrieben werden muss, wie es die Verfassung und das Gesetz vorsehen, setzt der Regierungsrat und die Mehrheit des Kantonsrates die Bestimmung ausser Kraft. Die Regierung behauptet, dass man die Ausgaben mit dem Golderlös von 2005 verrechne. Dieses Geld ist aber längstens ausgegeben. Deshalb wehrt sich eine Koalition der Zürcher SVP zusammen mit der GLP, der Jungen SVP und den Jungfreisinnigen gegen diese Taschenspielertricks. So wie es Frau Gut beantragt, hat es in Griechenland angefangen. Zuerst hat die Regierung bei der BVK trotz Warnung der SVP weggeschaut, jetzt will man den Fehlbetrag nicht einsparen und ordentlich abschreiben, sondern mit Geld verrechnen, das es gar nicht mehr gibt. Aber vielleicht hat die Regierung das Geld aus dem Golderlös farbig angemalt und im Jahre 2005 in den Tresor gelegt und kann uns dieses jetzt noch zeigen. So habe ich Frau Gut verstanden, als sie ausführte, dass Grafiken belegen, dass das Geld aus dem Golderlös noch vorhanden sei.

Nur ist es mehr als peinlich, wenn der Zürcher Regierungsrat mit Beschluss Nr. 1373 vom 19. Dezember für das Jahr 2013 Fr. 2 Mia. am Kapitalmarkt aufnehmen will mit der Begründung, dass man das Loch der BVK damit stopfen muss. Auch hier ist die SVP gefordert.

Leider besteht für die Schweiz nicht nur bezüglich der EU Handlungsbedarf. Der Bundesrat will sogar in den UNO-Sicherheitsrat, damit er dort als Kleinstaat über Krieg und Frieden entscheiden kann. Meine Damen und Herren, ich habe manchmal das Gefühl, dass eine Mehrheit im Bundesrat an Grössenwahn leidet. Wie soll ein Bundesrat über Krieg und Frieden im Ausland befinden, wenn er nicht mal fähig ist, das Malaise im Asylwesen mit 30'000 Rekordgesuchen im Jahre 2012 zu lösen? Der Bundesrat verhält sich wie ein dummer Primarschüler, welcher die einfachsten Hausaufgaben nicht lösen kann, aber davon träumt, einmal Professor an der Harvard-Universität zu werden.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Ueli, du trägst eine grosse Verantwortung als Bundesrat. Du bist der Bannerträger der SVP, welche noch als einzige Partei für die Unabhängigkeit unseres Landes eintritt. Nicht Anpassung ist heute verlangt, sondern Widerstand gegen den Druck auf unser Land.

Schweizerinnen und Schweizer, welche frei bleiben wollen, zählen auf Dich. Wir wissen, dass dies eine Herkulesarbeit ist, welche auf Dich auch in diesem Jahr wartet. Du hast die Unterstützung Deines langjährigen Weggefährten Christoph Blocher und selbstverständlich der gesamten Zürcher SVP für Deine schwierige Aufgabe im Bundesrat. Ich wünsche Dir Gesundheit, Kraft, und Geschick bei Deiner schwierigen Aufgabe.

Die Albisgüetlitageung 2013 ist damit eröffnet.